



Die Meinung von Thorsten Frei ist öfter gefragt, seit er erster parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag ist. *Foto: Hans-Jürgen Eisenmann*

Frei: noch nicht alle Punkte klar

Corona Klärungsbedarf sieht Thorsten Frei, Bundestagsabgeordneter aus Donaueschingen, beim Thema Impfpflicht.

Schwarzwald-Baar-Kreis. Der Bundestagsabgeordnete solidarisierte sich zwar mit der Initiative in Villingen-Schwenningen, die unter dem Motto „Gemeinsam stark für unsere Demokratie“ für eine solidarische Gesundheitsvorsorge warb. Der erste parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag hat aber Klärungsbedarf beim Thema Impfpflicht.

„Ich will darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig Impfen für die Bekämpfung der Pandemie ist“, so Thorsten Frei gegenüber der NECKARQUELLE, und weiter: „Wir haben jetzt fast zwei Jahre diese Pandemie mit massiven Freiheitseinschränkungen und Schutzmaßnahmen. Die waren notwendig, haben aber vielen große Opfer abverlangt, in Grundrechte eingegriffen und es sind wirtschaftliche Beeinträchtigungen entstanden“.

Gegen Provokateure

Es sei eine gemeinschaftliche Anstrengung der Gesellschaft notwendig, um aus dieser Pandemie auszukommen, meint Thorsten Frei. Dafür bilde das Impfen die zentrale Grundlage. Er habe an den entsprechenden Gesetzen mitgearbeitet, weil er glaubt, „dass das grundsätzlich der Weg ist, der uns hilft, aus der Pandemie rauszukommen und das Gesundheitssystem nicht zu überlasten, damit wir die Menschen, die zu Recht den Schutz des Staates erwarten, auch schützen können“.

Zu den so genannten Spaziergängen sagte Thorsten Frei, jeder dürfe in Deutschland demonstrieren, „wir sind ein Rechtsstaat, wir haben Grundfreiheiten, dazu gehört auch die Versammlungs- und Meinungsfreiheit“. Man dürfe alle Meinungen und Positionen vertreten und deshalb dürfe man auch spazieren gehen. „Aber man darf nicht geltendes Recht unterlaufen. Das fängt schon damit an, dass Demonstrationen angemeldet werden müssen und dass jeder, der demonstriert, das friedlich machen muss“.

Fragen an Regierung gestellt

Man habe in den letzten Tagen erlebt, dass es zu Provokationen und gewaltsamen Ausschreitungen gekommen sei, auch zu Gewalt gegen Polizeibeamte, dies sei völlig inakzeptabel.

Die Zustimmung zur Impfpflicht hänge von den Rahmenbedingungen ab. Deshalb habe er im Namen seiner Fraktion den Kanzleramtsminister angeschrieben und 17 Fragen gestellt, „die aus unserer Sicht essenziell sind, um die Frage der Impfpflicht ethisch, politisch und verfassungsrechtlich richtig beantworten zu können. Diese Fragen sind bisher noch nicht beantwortet worden.“ *hje*